

## Rundbrief der Bürgerinitiative

### Der Kompromiss – oder ein seltsames Phänomen



**In der Vorstellungswelt des Umweltministeriums ist er da – der Kompromiss. Laut offizieller Lesart des Ministeriums ist die Frage nach der Donauabsenkung geklärt, schließlich sei die Absenkung des sommerlichen Donauaufstau um einen Meter ja ein Kompromiss, der nicht weiterdiskutiert werden müsse.**

Dass Kompromisse ein leidiges Thema sein können, wissen wir seit den Jamaika-Verhandlungen von Berlin. Wenn das gegenseitige Geben und Nehmen nicht funktioniert, ist das Scheitern zwangsläufig.

Ähnlich verhält es sich bei den Positionen um unsere Donau. Die Frage nach dem Kompromiss lässt sich am einfachsten beantworten, wenn man die Ausgangssituation betrachtet.

Vor 7 Jahren einigten sich Stadt und Landratsamt als verantwortliche Stellen darauf, dass die Donau in den Sommermonaten aufgestaut, in den Wintermonaten für eine mehrjährige Probephase abgelassen wird. Das allein ist schon ein Kompromiss angesichts der davor liegenden 500 Jahre Vollaufstau. Beide Seiten waren sich einig, dass es für beide Seiten vorteilhaft ist, eine zeitliche Regelung zu treffen, die sinnvoll erscheint.

#### **Die Ausgangslage**

In den wasserreichen Wintermonaten wurde neben der tatsächlich vorhandenen Wassermenge nicht nur die Durchwanderbarkeit des Flusses für alle Lebewesen sichergestellt, gleichzeitig wurden abgelagerte Sedimente

beseitigt und die Donau und ihr Bett auf natürliche Weise gereinigt, die Gewässergüte hat sich deutlich verbessert. Ob die nun geforderte Meterabsenkung im Sommer tatsächlich noch weitere Vorteile, und wenn ja, in welchem Umfang, bringt, ist bislang nur Theorie und nicht bewiesen. Man kann jedoch heute schon sagen, welche Nachteile diese Sommerabsenkung hätte.

Bedingt durch die Donauversickerung reduziert sich die in Tuttlingen ankommende Wassermenge praktisch auf null. Objektiv betrachtet handelt es sich um das Wasser der Kläranlage Möhringen plus Elta. Erfolgt der Abstau um einen Meter, heißt dies eine Verkürzung des Rückstaus und zumindest eine zeitweise Trockenlegung der Donau ab dem Koppenland flussaufwärts.

### **Der Weg zum Kompromiss**

Ob auf diesem Weg dann das angestrebte Ziel der Durchwanderbarkeit erreicht wird, ist nur schwer nachvollziehbar. Der Versuch, durch die Höhenregulierung dieses Ziel zu erreichen, ist mehr als fragwürdig.

Deshalb zurück zu der Frage des Kompromisses. Wenn der Weg einer Verbesserung der Wasserqualität durch die Änderung des Wasserpegels ausscheidet, stellt sich die Frage, warum nicht die weiteren Möglichkeiten des Wehrmanagements ausgelotet werden.

### **... warum immer der gleiche Ansatz?**

Der erste Ansatz eines Kompromisses ist die wertfreie Überprüfung der Frage, ob die Rauhe Rampe am Scala-Wehr der Erfüllung des anzustrebenden Ziels dienen kann. Solange Wasser im Sommer fließt, führt diese

auf alle Fälle zu einer Verbesserung der Durchwanderbarkeit.

Ein weiterer Kompromissansatz könnte auch die Anpassung des Wehrmanagements sein. Bereits heute wird nach zeitlich festen Regeln der Auf- und Abstau praktiziert. Vor dem Hintergrund der Anforderungen an die Ökologie ist Wehrmanagement sicher ein intelligenter Weg. Wie verhält sich aber die Situation, wenn das Wehrmanagement nicht nach einem festen Zeitplan, sondern nach ökologischen Erfordernissen erfolgt. Sollte während der Aufstauphase die ökologische Notwendigkeit bestehen, eine Wehrabsenkung zeitlich begrenzt durchzuführen, sollte dies erfolgen. Im Regelfall würde aber in den Sommermonaten der Zustand des heutigen Aufstaus beibehalten werden. Vorteil dieser Vorgehensweise: Für die Bürger ist nachvollziehbar, dass bei Vorliegen konkreter Situationen adäquat reagiert wird und kein als willkürlich empfundener permanenter Abstau angeordnet wird.

Bleibt abschließend aber auch positives festzuhalten: Stück für Stück verschwinden die Betoneinfassungen. Dass dies nicht im geplanten Zeitraum von zwei Wochen erfolgte, ergab sich aus dem zu hohen Wasserstand der Donau.

### **Natur ist auf dem Papier nicht planbar**

Unsere Donau ist hier doch etwas Diva, d.h. nicht planbar. Und obwohl das Wehr komplett offen ist, kann die Donau zeitweise reichlich Wasser führen, und zwar in solchen Mengen, die sämtliche naturnahen Begrünungen und Umgestaltungen – wie von den Befürwortern einer Vollabsenkung gewünscht, aber nicht genügend durchdacht – verschwinden und teilweise zerstören kann.

## Kein Wochenmarkt ohne Donau



**Insgesamt 161 Tage lagen die Unterschriftenlisten aus. Neben der Möglichkeit im Netz zu unterschreiben, haben viele Tuttlinger die Chance genutzt, ihren traditionellen Wochenmarktbesuch mit einem Bekenntnis zur Donau zu verbinden.**

Seit über 5 Monaten zeigt die Initiative Freitag für Freitag am Wochenmarkt und bei anderen Veranstaltungen in der Stadt Flagge. Der Stand am Wochenmarkt wurde zu einer festen Anlaufstation für alle jene, die Fragen zu den Hintergründen oder zum aktuellen Stand der Aktivitäten hatten. Viele kamen aber auch nur, um mit ihrer Unterschrift zu bekräftigen, dass sie mit einer Donauabsenkung nicht einverstanden sind.

Die Gründe für die Unterschrift waren teilweise unterschiedlich: die ökologische Sinnhaftigkeit wurde ebenso in Frage gestellt wie die wirtschaftliche Vertretbarkeit. Ebenso

können dies viele auch nicht nachvollziehen, da eine Absenkung bewusst den Fischbestand reduziert. Andere wiederum sehen in der Absenkung eine Verschandelung des Stadtbildes und fordern das gewohnte Erscheinungsbild mit den damit verbundenen Freizeitmöglichkeiten.

### **Menschen sind sich der Thematik bewusst**

Wie sehr die Donau die Bürger beschäftigt, belegt die Tatsache, dass die Argumente bekannt und jeder Unterzeichner klare Vorstellungen davon hat, aus welchen Gründen die sommerliche Absenkung nicht erfolgen soll.

Nachdem zwischenzeitlich die Mehrzahl der Angesprochenen signalisiert, dass sie bereits unterschrieben haben und die Unterschriften am 15. Dezember dem Landrat übergeben wurden, endete die Sammelaktion auf dem Wochenmarkt am 08. Dezember.

## Über 50% in der Kernstadt sagen NEIN zur Absenkung!

**Exakt 7.745 Unterschriften belegen den Unmut der Bürgerschaft, eine sommerliche Absenkung der Donau stillschweigend hinzunehmen. Das Netz wurde von 1.857 Personen genutzt, 5.888 Personen unterstützten die Initiative vor Ort und unterschrieben vor Ort auf den ausliegenden Listen.**

Was verbirgt sich aber konkret hinter dieser Zahl von 7.745 Unterschriften? Auf der Grundlage der von der Stadt Tuttlingen veröffentlichten Zahlen, waren 22.338 Personen bei der letzten Bundestagswahl wahlberechtigt. Von diesen lebten 17.397 in der Tuttlinger Kernstadt, 4.941 in den Ortsteilen Eßlingen, Möhringen und Nendingen.

Legt man nun die relative Wahlbeteiligung der letzten Bundestagswahl 2017 mit 72,5% zu Grunde und rechnet den Anteil der nicht in der Kernstadt wohnenden Unterzeichner mit heraus, bedeutet dies, dass selbst bei diesen sehr restriktiven Annahmen **über 53% gegen die Absenkung** der Donau in Tuttlingen sind.

**Anmerkung:** Um dem Einwand vorwegzugreifen, dass es sich hierbei nur um Zahlenspiele handelt, nach einige Ergänzungen zur Berechnungsmethode und was berücksichtigt wurde:

1. Es ist korrekt, dass es sich bei diesen Unterschriften auch um Unterschriften von Auswärtigen handelt. Eine Überprüfung der Unterschriften im Netz ergab, dass knapp 75% der Unterzeichner Tuttlingen als ihren Wohnort angaben, Unterschriften mit der Adresse aus den Tuttlinger Ortsteilen wurden dabei als Auswärtigen gewertet. Ebenso wurde bei der Bewertung ange-

nommen, dass etwa 10% der per Papierliste gesammelten Unterschriften von Personen stammen, die nicht in der Kernstadt wahlberechtigt sind.

2. Für die Verwendung der Wahlbeteiligung der Bundestagswahl als Bezugsgröße spricht zwar die zeitliche Nähe, dagegen aber die Tatsache, dass die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen 72,5% extrem hoch ist (Landtagswahl 2016: 65,7%, Kommunalwahl 2014: 41,8%). Legt man die Wahlbeteiligung der Landtagswahl zu Grunde, lehnen 2/3 der Tuttlinger die Absenkung ab.
3. Ein Denkanstoß in Richtung Landratsamt, Regierungspräsidium und Ministerium: Wäre Tuttlingen in Bayern, bestünden nach den dortigen Spielregeln des Volksbegehrens hervorragende Bedingungen, die Absenkung der Donau zu stoppen: die Befürworter einer Donauabsenkung würden gnadenlos scheitern und unsere Donau bliebe so wie bisher erhalten.



... **eine Fußnote:** in Bayern gibt es anstelle der Regierungspräsidien Bezirksregierungen, die von der Bevölkerung gewählt werden und die Ländräte werden vergleichbar den Bürgermeistern auch durch die Bevölkerung direkt gewählt, müssen sich also direkt dem Souverän, dem Volk stellen. Dies sei aber nur so am Rand bemerkt.



## Siegt die Vernunft?

**Es wird spannend: Umweltminister Untersteller genießt in Tuttlingen definitiv nicht die Sympathie aller, möchte man es höflich ausdrücken. Dies spiegelt auch die Berichterstattung anlässlich seines Besuches im Tuttlinger Rathaus am 27.10.2017 im Gränzboten wieder.**

Wenige Tage später folgte aber als Reaktion auf genau diese Berichterstattung plötzlich die Kehrtwende: in der Pressemitteilung des Ministeriums vom 4. November 2017 wurde Gesprächsbereitschaft signalisiert. Um eine weitere Verhärtung der Positionen zu vermeiden und die Sache in den Vordergrund zu stellen, hat die Initiative deshalb den Minister zu einem Gespräch nach Tuttlingen eingeladen, gleichzeitig aber auch die Bereitschaft zu einem Besuch in Stuttgart signalisiert.



Offen für ein Gespräch: Minister Untersteller

Zwischenzeitlich wurde die Einladung reagiert und für Anfang Januar ein Gesprächstermin in Stuttgart anberaumt. Dieses Gespräch wird in kleinem Rahmen zwischen dem Minister und Vertretern der Initiative stattfinden.

### Vorrang der Vernunft

Aus Sicht der Initiative stehen der Dialog und die Findung einer Lösung im Vordergrund. Aus

diesem Grund ist es wichtig, dass sich beide Seiten ihrer Verantwortung um eine vernünftige Lösung bewusst sind.

### Zielfokussierung

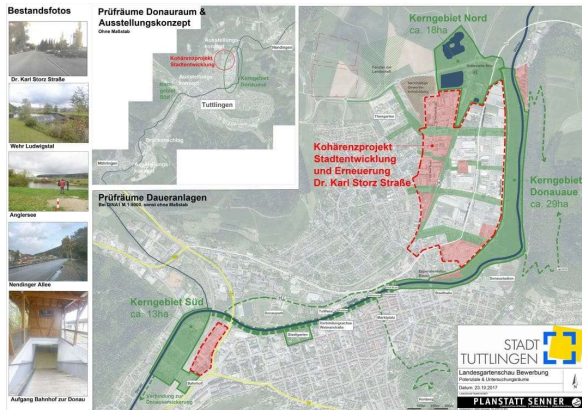
An erster Stelle muss die Frage stehen, welches Ziel angestrebt wird und wie dieses erreicht werden kann bzw. wie viel davon erreicht werden muss. Ebenso gilt es, wertneutral zu prüfen, welche Handlungsspielräume existieren und welche Einschränkungen zu beachten sind. Ebenso gilt es, von den gewohnten Denkmustern abzuweichen und andere Wege zur Problemlösung anzugehen. Das Beharren auf Alternativlosigkeit scheidet hierbei aus.



Bereit für eine den Interessen der Bürger entsprechende Lösung: #erhaltensWEHRT

Das eindeutige Bekenntnis der Tuttlinger Bürgerschaft gegen die Donauabsenkung liefert das Mandat, gegenüber dem Minister selbstbewusst aufzutreten.

## Der Unterschied zwischen Richtig und Falsch



**Zuerst ein Dank an unsere Stadtverwaltung. Wen es interessierte, der erhielt umfangreiche Informationen über das Projekt Landesgartenschau. Auf der Grundlage dieser Informationen steht fest, dass Gartenschau und Donauabsenkung in keinem Zusammenhang stehen. Anders formuliert, eine Donauabsenkung würde der Idee der Gartenschau sogar schaden.**

Betrachtet man die Planung im Detail, fällt sofort auf, dass der Schwerpunkt dieser Gartenschaubewerbung im Ludwigstal und am Hauptbahnhof liegt. Die Logik liegt dabei auf der Hand. Die sogenannte kleine Gartenschau wurde 2003 dazu genutzt, die Donau im Bereich der Innenstadt zu einem attraktiven Naherholungsgebiet zu entwickeln.

**... es geht nicht nur um Blümchen**

Anders die Bereiche ab der Stadthalle bis zum Ludwigstal und im Bereich hinter dem Hauptbahnhof. Hier existieren große Möglichkeiten einer Neugestaltung, die nicht nur die Natur, sondern auch die Menschen und unsere Arbeitsplätze im Fokus hat. Die Landesgartenschau bietet somit auch eine große Chance zur Stadtentwicklung. Tuttingen steht vor Umbrüchen. Verkehrskonzepte müssen ebenso über-

dacht werden wie die Nutzung der noch vorhandenen Flächen. Alle jetzt angedachten Maßnahmen werden das Bild unserer Stadt langfristig verändern.

### **Donauabsenkung schadet Tuttingen**

Die Debatte um die sommerliche Donauabsenkung ist für unsere Stadt schädlich. Sie ist kein zentrales Problem für die Stadtentwicklung. Sie kostet unnötig Arbeitszeit im Rathaus und im Landratsamt, sie bindet finanzielle Mittel im Falle eines Rechtsstreites und verschlingt Unsummen im Falle einer Donauabsenkung. Und für die Bürger ist ein tatsächlicher Nutzen nicht erkennbar. Statt die Fronten zu verhärten und den Bürgerwillen zu ignorieren, sollte ein Umdenkungsprozess stattfinden: ein Paradigmenwechsel, d.h. gewohnte Denkmuster sind zu verlassen, um neue Wege zu einer Problemlösung zu finden - oder Pragmatismus statt Dogma.

Vielleicht hilft den Befürwortern einer Donauabsenkung im Landratsamt, im Regierungspräsidium und im Umweltministerium folgender Denkanstoß: Steuergelder sind finanzielle Mittel, die die Bürger an den Staat zur Verfügung stellen, damit dieser gesellschaftliche Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit übernimmt, da sie der Einzelne nicht wahrnehmen kann oder soll. Steuergelder gehören demzufolge nicht dem Staat, sie werden im treuhänderisch übergeben. Sorgsamer Umgang mit Steuergeldern ist also Pflicht.

### **Impressum / Ansprechpartner :**

HEIMAT-FORUM Tuttingen an der Donau e.V.  
V.i.S.d.P : Thomas Kienzle, Mühlsteigstraße 10, 78532 Tuttingen  
[info@heimatforum-tuttingen.de](mailto:info@heimatforum-tuttingen.de)  
[www.heimatforum-tuttingen.de](http://www.heimatforum-tuttingen.de)